



Israel Kontrovers Nr. 2

22. Dezember 2009

Netanyahus Baustopp in den jüdischen Siedlungen in der Westbank

Die israelische Regierung beschloss am 25.11.2009 für die jüdischen Siedlungen in der Westbank einen zehnmonatigen Baustopp. Dieser Baustopp, der Ostjerusalem ausdrücklich ausschließt, betrifft alle noch nicht begonnenen Bauaktivitäten. Vor diesem Datum begonnene Bauvorhaben sind von dem Beschluss nicht betroffen und können zu Ende geführt werden.

Mit diesem Beschluss reagierte Premierminister Benjamin Netanyahu vor allem auf Druck aus Washington. Der Baustopp, so Netanyahu, sei eine Geste, um Friedensgespräche mit den Palästinensern wieder in Gang zu bringen. Palästinensische Vertreter reagierten negativ auf Netanyahus Initiative und machten deutlich, dass sie auch weiterhin nicht bereit seien, die stillstehenden Verhandlungen mit Israel wieder aufzunehmen.

In den Siedlungen kommt es seit Verkündung des Baustopp-Beschlusses zu zum Teil gewalttätigen Protesten und Demonstrationen, bei denen es eine Reihe von Verletzten sowohl bei den Protestierenden als auch auf Seiten der Polizei gab. Staatliche Inspektoren, die Anordnungen zum Baustopp überbringen sollten, wurden am Zutritt zu Siedlungen gehindert. Aber nicht nur die Siedler sondern auch Mitglieder der Regierungskoalition und von Netanyahus Likud-Partei äußerten Kritik an dessen Initiative. Die US-Regierung begrüßte diese Maßnahme als Schritt in die richtige Richtung.

Dr. Reuven Pedatzur, Dozent am Netanya Academic College steht dem Baustopp-Beschluss der Netanyahu-Regierung kritisch gegenüber. Er sieht in diesem Beschluss lediglich ein taktisches Manöver Netanyahus, dass die US-Regierung ruhig stellen soll und nicht auf wirklichen Fortschritt im Verhandlungsprozess mit den Palästinensern abzielt. Weiterhin schreibt er, dass Netanyahu an einem entscheidenden Punkt angelangt sei und sich entscheiden müsse, was er wirklich wolle: Eine Regelung, die die Zukunft Israels als jüdischen und demokratischen Staat gewährleiste. Oder die Aufrechterhaltung der Besatzung zum Preis der Verwandlung Israels in einen bi-nationalen Staat oder in ein Apartheid-Regime. Netanyahu könne nicht weiterhin gleichzeitig die Siedler umwerben und einen Kompromiss mit den Palästinensern anstreben.

Prof. Efraim Inbar von der Bar-Ilan - Universität bewertet diesen Schritt der Netanyahu-Regierung dagegen positiv. Er sieht darin eine präzedenzlose Entscheidung, die sowohl den Wunsch nach besseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten deutlich mache als auch

zeige, dass Netanyahus Regierung eine vernünftige und flexible Palästinenserpolitik betreibe und er nicht beschuldigt werden könne, eine Gelegenheit zum Friedensschluss zu versäumen. Der palästinensischen Seite attestiert er fehlenden Pragmatismus und schreibt weiter, dass das palästinensische Volk erneut Opfer einer missratenen Führung sei, die radikale Zielsetzungen dem realistischen Ziel der Koexistenz mit Israel vorziehen würde. Leider erziehe die aktuelle palästinensische Führerschaft ihre Jugend weiterhin zum bewaffneten Kampf und zu einer Kultur, die Tod und Märtyrertum verherrliche.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel
Herzliya, 22. Dezember 2009

„Der Siedlungsstopp – Implikationen und Reaktionen bei Israelis, Palästinensern und Amerikanern“

Dr. Reuven Pedatzur

Der Beschluss von Premierminister Netanyahu zu einem zehnmonatigen Stopp der Bautätigkeit in den Siedlungen wird zu keinerlei Fortschritt bei den politischen Verhandlungen mit den Palästinensern führen und zeigt erneut, dass Netanyahu noch immer keine umfassendes Konzept zur Lösung des Problems mit den Palästinensern entwickelt hat.

Es ist klar, dass der vom Premierminister beschlossene Baustopp in den Siedlungen in erster Linie die amerikanische Administration zufrieden stellen soll, die seit dem Einzug Barack Obamas ins Weiße Haus die komplette Einstellung der jüdischen Bautätigkeit in den Gebieten fordert. Als er den Mitgliedern der Likud-Fraktion in der Knesset seine Entscheidung erläuterte, sagte Netanyahu: „Der Baustopp ist ein einmaliger Schritt, der die breitesten Interessen des Staates Israel wahren soll“. Die vom Premierminister in diesem Fall angesprochenen Interessen beziehen sich auf die Vermeidung einer Verschlechterung der israelisch-amerikanischen Beziehungen.

Der Baustopp-Beschluss ist im Grunde ein Augenzwinkern der Regierung Netanyahus in Richtung der amerikanischen Administration, seinen Partnern in der Koalition, der israelischen Öffentlichkeit und auch der Siedler selbst. Darauf deuten zwei Elemente in dem Beschluss hin. Erstens, eine Beschränkung des Baustopps auf nur zehn Monate, nach deren Ablauf der bisherige „Bauschwung“ wieder aufgenommen wird. „Nach Ablauf des Moratoriums wird meine Regierung wieder zur Baupolitik früherer Regierungen in Judäa und Samaria zurückkehren“, hob Netanyahu bei der Pressekonferenz hervor, auf der er den Kabinettsbeschluss zum Baustopp verkündete. Wäre Netanyahu wirklich an einer Regelung mit den Palästinensern interessiert, hätte er klarstellen müssen, dass auch in Zukunft keine jüdische Bautätigkeit in den Teilen der Westbank erlaubt werden würde, die den

zukünftigen palästinensischen Staat ausmachen sollen. Denn es ist klar, dass jede dauerhafte Lösung die Errichtung eines palästinensischen Staates auf einem Großteil des Gebietes der Westbank einschließen muss (bei früheren Kontakten zwischen israelischen Premierministern und der Palästinensischen Autonomiebehörde war die Rede von 96-98 % des Gebietes der Westbank).

Das zweite Element, das die Entscheidung zum Baustopp als taktischen Zug entlarvt, und eben nicht als Teil eines strategischen Plans zu einer Regelung, ist der Einschluss sämtlicher Siedlungen in der West Bank in den Beschluss, ohne zwischen Siedlungsblöcken und isolierten Siedlungen zu unterscheiden. In allen Plänen zu einer Regelung, die Israel mit der palästinensischen Autonomie verhandelt hat, gab es ein Element, auf das sich die Verhandlungspartner geeinigt hatten: die großen Siedlungsblöcke würden unter israelischer Souveränität bleiben. So stimmten die Palästinenser etwa nach langwierigen Verhandlungen in Taba im Januar 2001 solchen Siedlungsblöcken zu, unter anderem Ariel, Karney Shomron, Beitar Elit und Gush Etzion. Eine Bedingung für die palästinensische Zustimmung zum Verbleib der Siedlungsblöcke bei Israel war der Austausch gegen Gebiete innerhalb der Grünen Linie, die dem palästinensischen Staat zugeschlagen werden sollten, beispielsweise Gebiete im westlichen Negev oder im östlichen Bereich des Lachisch-Gürtels. Indem Netanyahu diese Siedlungsblöcke nicht von den anderen Siedlungen unterschied, signalisierte er, dass dieser Baustopp kein Teil eines umfassenderen politischen Plans ist.

Eine genauere Prüfung des Kabinettsbeschlusses zum Baustopp zeigt, dass es sich nicht um einen kompletten Stopp handelt, und dass der Beschluss unmittelbar nach seiner Annahme zu erodieren begann. So veröffentlichte beispielsweise wenige Tage nach der Entscheidung der Koordinator der Aktionen in den Gebieten, General Eitan Danguit, eine Liste von 84 Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden in der Westbank, deren fortgesetzte Errichtung die Zivilverwaltung trotz des Siedlungsstopps der Regierung zulassen

würde. Den Bau dieser Gebäude mit 492 Wohnungen hatte die Regierung bereits im Sommer genehmigt, und obwohl die Fundamente noch nicht gegossen waren, wurde beschlossen, deren Bau zu ermöglichen. Dazu zählen Gebäude in Gush Etzion, Giv'at Ze'ev, Keidar, Maskiot im Jordantal, in Ma'aleh Adumim und in Modi'in Elit. Zu diesen Gebäuden kommen weitere 2500 Wohneinheiten hinzu, deren Errichtung noch vor dem Beschluss zum Baustopp begann, und die ebenfalls fertig gestellt werden.

Etwa zwei Wochen nach dem Baustopp-Beschluss verbreitete das Amt des Premierministers die Karte der nationalen Prioritäten. Ortschaften, die in diese Karte aufgenommen werden, genießen Vergünstigungen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Beschäftigung und mehr. Und siehe da, auf der von Netanyahus Büro verteilten Karte erscheinen zahlreiche Siedlungen außerhalb der Siedlungsblöcke, wie beispielsweise Itamar, Nokdim (Wohnort des Außenministers Avigdor Lieberman), Beitar und Emanuel. Mit anderen Worten, eine Hand beschließt die Einstellung der Bautätigkeit, während die andere eben diesen vom Baustopp betroffenen Siedlungen ein ganzes Paket von Vergünstigungen gewährt.

Netanyahu erhoffte sich von dem Baustopp einen weiteren Erfolg, nämlich die Bloßstellung der Palästinensischen Autonomie als Verweigerer, die nicht bereit ist, zum Verhandlungstisch zurückzukehren. In seiner Erklärung zum Baustopp-Beschluss rief Netanyahu die Palästinenser und die arabische Welt auf, die Entscheidung zu nutzen, um auf einen Frieden hin zu arbeiten. „Die israelische Regierung hat heute einen mutigen Schritt auf den Frieden zu gemacht. Die Öffentlichkeit erwartet von Ihnen einen ähnlichen Schritt. Lassen Sie uns gemeinsam Frieden machen“. Der Premierminister wusste, davon kann ausgegangen werden, dass Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas seinem Ruf zurück an den Verhandlungstisch nicht würde folgen können.

Netanyahu ging davon aus, dass der Siedlungsstopp Abu Mazen (Mahmoud Abbas,

Anm. Übers.) in eine Zwickmühle bringen würde. Sollte er auf seine Weigerung zum Rückkehr an den Verhandlungstisch bestehen, könnte die US-Administration ihn der Torpedierung der Friedensgespräche mit Israel beschuldigen. Sollte er hingegen Verhandlungen mit Israel zustimmen, würde ihm dies zuhause harsche Kritik für sein Nachgeben gegenüber den Israelis und seiner impliziten Zustimmung zur fortgesetzten Bautätigkeit einbringen. Insbesondere, da sich die palästinensische Position auf die amerikanische Forderung stützt, dass Israel jüdische Bautätigkeit in den Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, komplett einstellt.

Die schärfste Kritik, der Abu Mazen ausgesetzt ist, kommt aus den Reihen der Hamas. Die Position des Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde erscheint umso problematischer angesichts einer voraussichtlichen Einigung zwischen Israel und Hamas bezüglich der Befreiung des entführten Soldaten Gilad Shalit in nicht allzu ferner Zukunft, für den Israel im Gegenzug Hunderte gefangener Mitglieder der Hamas und anderer palästinensischer Organisationen auf freien Fuß setzt. Damit erringt die Hamas einen wichtigen Propagandasieg in ihrem Kampf gegen die Palästinensische Autonomiebehörde. Abu Mazen kann es sich nicht erlauben, als Defätist gegenüber Israel da zu stehen und auf die Forderung nach einem Baustopp auch in Ostjerusalem zu verzichten, während die Hamas, die eine durchgehende Verweigerungshaltung einnimmt, Bestätigung erfährt. Tatsächlich nutzt die Hamas die Zwickmühle aus, in die Abu Mazen geraten ist. Der Vorsitzende des Politbüros der Hamas, Haled Mash'al, beschuldigte im Verlauf einer Rede in Damaskus etwa eine Woche nach Netanyahus Ankündigung des Baustopps Abu Mazen des Verzichts auf Jerusalem und versetzte ihm einen Seitenhieb wegen seiner Abhängigkeit von der amerikanischen Administration. „Obama ließ Abu Mazen in der Frage der Siedlungen in der Kälte stehen“, sagte Mash'al.

Somit erwies sich Netanyahus Einschätzung als richtig. Kurze Zeit nach seiner Ankündigung des Baustopps wurde dieser von der

Palästinensischen Autonomie zurückgewiesen. In einer im Namen des Leiters der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Saeb Erekat, und des Sprechers des Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde, Nabil Abu Rudeine, veröffentlichten Mitteilung hieß es, der teilweise Baustopp sei nicht ausreichend, und die PA habe nicht vor, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Laut Abu Rudeine bildet Jerusalem eine rote Linie und solange die Bautätigkeit in den Siedlungen und vor allem in Jerusalem nicht eingestellt werde, gäbe es keinen Raum für Verhandlungen.

Netanyahus Hoffnung, die US - Administration zufriedenzustellen und zu beschwichtigen, ist teilweise aufgegangen. Die Regierung Obama lobte den Beschluss des sicherheitspolitischen Kabinetts zur zehnmonatigen Einstellung der Bautätigkeit in den Siedlungen. Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton sagte zur Erklärung des Premierministers bezüglich des Baustopps, die Ankündigung der israelischen Regierung sei ein hilfreicher Schritt auf dem Weg zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. „Wir glauben, dass die Parteien durch Verhandlungen zu einem Ergebnis kommen können, das den Konflikt beendet und mit dem palästinensischen Ziel der Errichtung eines eigenständigen und lebensfähigen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967, sowie mit dem israelischen Ziel eines jüdischen Staates mit anerkannten und sicheren Grenzen, die den israelischen Sicherheitsbedürfnissen entsprechen, einhergeht“, sagte Außenministerin Clinton. „Ich möchte den Völkern der Region und der Welt sagen, dass unsere Verpflichtung zu einer Lösung mit zwei Staaten, die in Frieden und Sicherheit nebeneinander existieren, weiterhin unerschütter ist“.

Der Sonderbotschafter für den Nahen Osten, George Mitchell, sagte unmittelbar nach Verkündung des Baustopp in den Siedlungen durch Premierminister Netanyahu gegenüber Journalisten bei einem Briefing im amerikanischen Außenministerium: „Es handelt sich nicht um einen absoluten Baustopp in den Siedlungen. Aber es ist mehr, als irgend ein

anderer israelischer Premierminister bisher angeboten hat. Der Siedlungsstopp liegt auch im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten. Er ist essenziell und dringend“.

Das heißt, vorläufig setzt die amerikanische Administration ihren Druck auf Israel in Sachen Baustopp nicht fort und signalisiert beiden Seiten, dass sie zum Verhandlungstisch zurückkehren sollten. Damit begibt sich Obamas Regierung in eine Beobachterposition. Eine solche amerikanische Position kommt Netanyahu, der Zeit gewinnen und den Status quo, nämlich politische Stagnation, beibehalten möchte, sehr entgegen.

In der Zwischenzeit stellt sich heraus, dass der Baustopp-Beschluss zu einem Lackmusstest der israelischen Demokratie mutiert. Die Siedler, unter ihrer offiziellen Führung – dem Rat von Judäa, Samaria und Gaza – haben angekündigt, dass sie den Beschluss nicht akzeptieren und ihn bekämpfen werden. Das Problem ist, dass der Kampf der Siedler nicht allein mit demokratischen Mitteln geführt wird. In verschiedenen Siedlungen wurde Aufsichtspersonal der Zivilverwaltung angegriffen, als dieses ihnen die Anordnungen zum Baustopp aushändigen wollten. Die in Lohn und Brot des Staates stehenden Bürgermeister und Vorsitzenden der Ortschaften und Regionalräte in der Westbank rissen die Baustopp-Anordnungen in Stücke. Andere legten unter klarer Missachtung des Baustopps den Grundstein für eine Synagoge in Ma'aleh Adumim. An der Zeremonie nahmen Mitglieder der Knesset und Minister aus Netanyahus Regierung teil. Als Reaktion auf die Baustopp-Anordnungen griffen Siedler auch Palästinenser an, verbrannten Fahrzeuge und Häuser und sogar die Moschee in Kfar Jassuf. Die Brandstifter sprühten Vorort Parolen wie „Wir werden euch alle verbrennen“ und „Bereitet euch vor, den Preis zu zahlen“.

Falls vor den gesetzesbrechenden Siedlern kapituliert wird und nicht die erforderlichen Schritte gegen sie eingeleitet werden, wie beispielsweise Verhaftung und Gerichtsverfahren für ihre Gesetzesverletzungen, und falls die Handlungen der Siedler zu einer Kapitulation der Regierung unter Verzicht auf den Baustopp führt, würde dies einen

schweren Schlag für die ohnehin zerbrechliche demokratischen Strukturen bedeuten. Daher muss Netanyahu unabhängig davon, ob der Baustopp einen politischen Prozess einleiten soll oder nur ein taktischer Zug ist, die Polizei beauftragen, Gesetzesverletzungen rasch und effektiv zu bearbeiten. Hier geht es um seine Aufgabe – die Verteidigung der israelischen Demokratie.

Die Frage ist, wie es nach der Entscheidung zu einem vorübergehenden Siedlungsstopp auf der Westbank weitergehen soll. Netanyahu kann in der Westbank einseitige Schritte einleiten, die zu einer Mäßigung des Konfliktes, zu einer Stärkung der Palästinensischen Autonomie und zur Lockerung der internationalen Isolation Israels führen könnten. Netanyahus Problem ist die Zusammenstellung einer Formel, die einerseits die amerikanische Regierung und die internationale Gemeinschaft zufrieden stellt, andererseits nicht zu einem tiefen Riss in der israelischen Gesellschaft führt. Doch, wie wir wissen, hält Netanyahu nichts von einseitigen Schritten. Er trat aus der Regierung Sharon aus, als diese den einseitigen Schritt des Rückzugs aus dem Gazastreifen beschloss und hat seitdem wiederholt betont, dass die Zukunft der Gebiete ausschließlich im Rahmen von Verhandlungen zu einer dauerhaften Regelung festgelegt werden kann.

Das Problem ist aber, dass für die nächste Zukunft keine reale Möglichkeit zu Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung in Sicht ist, auch wenn Abu Mazen klarstellte, dass die Palästinenser keine weitere Zwischenregelung unterzeichnen werden, und dass sie eine vollständige Besetzung einem bruchstückhaften Frieden vorziehen. Dies bedeutet, dass ein weiterer Fortschritt ausschließlich über Zwischenschritte möglich ist. Angesichts des palästinensischen Widerstandes gegen Zwischenschritte bedeutet dies, dass jeder von Netanyahu indizierte Zwischenschritt auf der Westbank automatisch einseitig sein muss, auch wenn er mit den Palästinensern abgestimmt wird. Netanyahu muss einen Phasenplan vorantreiben, wobei auf jeden israelischen Schritt ein palästinensischer Schritt folgt. Die stufenweise Räumung der

Gebiete und der Siedlungen also im Gegenzug zu Fortschritten bei der Errichtung palästinensischer staatlicher Institutionen gemäß des Plans des palästinensischen Premierministers Salam Fajad und unter amerikanischer Aufsicht. So gewinnen die Palästinenser mehr durchgehende Gebiete, ohne Siedler und Straßensperren, und erhalten Förderung zur wirtschaftlichen Entwicklung (damit würde Netanyahu auch seinen „Wirtschaftsfrieden“ vorantreiben können). Und Israel erhält politische Ruhe, ohne sich mit schmerzhaften Problemen auseinandersetzen zu müssen und ohne die israelische Gesellschaft zu zerreißen. Netanyahu kann sich auch an einen Vorschlag hängen, den sein Vorgänger Ehud Olmert den Palästinensern vorgelegt hatte. Dieses Angebot umfasste drei Elemente: fast vollständiger Rückzug aus der Westbank, etwa bis zur Trennanlage, mit leichten Korrekturen und Gebietsaustausch; Internationalisierung des „Heiligen Beckens“ in Jerusalem; und Aufnahme einer symbolischen Anzahl von einigen 1000 palästinensischen Flüchtlingen in Israel. Würde Netanyahu diese politische Linie fahren, könnte man die amerikanische Administration möglicherweise dazu überreden, Druck auf die Palästinensische Autonomiebehörde auszuüben, die Verhandlungen an dem Punkt, an den Olmert gelangt war, wieder aufzunehmen. Doch im Moment sieht es nicht so aus, dass Netanyahu vorhat, in diese Richtung zu gehen.

Es hat den Anschein, dass Netanyahu an einem entscheidenden Punkt angelangt ist, und es ist fraglich, ob er sich einer Entscheidung noch lange wird entziehen können. Er muss entscheiden, wohin er will: Eine Regelung, die die Zukunft Israels als jüdischen und demokratischen Staat gewährleistet. Oder die Aufrechterhaltung der Besetzung zum Preis der Verwandlung Israels in einen binationalen Staat oder in ein Apartheid - Regime. Er kann nicht weiterhin gleichzeitig die Siedler umwerben und einen Kompromiss mit den Palästinensern anstreben.

Dr. Reuven Pedatzur ist akademischer Leiter des Zentrums für Strategischen Dialog am Netanya Academic College.

Aus dem Hebräischen: Maurice Tzorf

Netanyahus Siedlungsstopp

Prof. Efraim Inbar

Benjamin Netanyahu, Israels Premierminister und Führer der die Siedlungsbewegung unterstützenden Likud-Partei kündigte am 25. November 2009 ein zehnmonatiges Moratorium für neue Bauanfänge in Judäa und Samaria an. Ostjerusalem schloss er vom vorübergehenden Baustopp ausdrücklich aus. Er erklärte, diese schwierige einseitige Entscheidung (ohne jegliche Geste der Palästinenser) diene den „breitesten Interessen des Staates Israel“ und rief die palästinensische Führung auf, diese Gelegenheit zu ergreifen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Diese präzedenzlose Entscheidung für einen längerfristigen Baustopp spiegelt auch den Wunsch nach besseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und das Bedürfnis nach mehr Stabilität im Land wider.

1) Wie überall haben auch die Premierminister in Israel ein vorrangiges Ziel: im Amt zu bleiben. Netanyahu benötigt eine stabile Koalition, vorzugsweise mit der Arbeitspartei als wichtigem Partner. So kann Netanyahu sich darauf berufen, einer Regierung der nationalen Einheit vorzustehen, anstatt nur der Chef einer Regierung der Rechten zu sein. Eine solche Einheitsregierung genießt mehr Respekt zuhause und im Ausland und ist weniger anfällig für Druck von außen. Der gespaltenen Arbeitspartei, deren Führung unter Druck steht, die Regierung zu verlassen, bietet der Siedlungsstopp eine gute Entschuldigung, die Partnerschaft mit Netanyahus Likud-Partei fortzusetzen.

Netanyahu hat nicht nur im Sinne der Koalitionsstabilität gepunktet. Der Baustopp zwang die Arbeitspartei außerdem dazu, die Einheit Jerusalems, Israels Hauptstadt, zu verteidigen, deren Ostteil von der Baustopp-Regelung ausgeschlossen bleibt. Im Jahr 2000 war es der Vorsitzende der Arbeitspartei, Ehud Barak, der das Tabu der Teilung Jerusalems brach. Nun, gegen Ende des Jahres 2009, sind er und seine Partei Teil eines Entscheidungsprozesses geworden, der jedem klar signalisiert, dass Ostjerusalem nicht zur

Verfügung steht. Tatsächlich ist israelische Souveränität über die gesamte Stadt Jerusalem Teil des Konsenses, den Netanyahu in der israelischen Bevölkerung aufbauen konnte.

Netanyahu fühlte sich zu einem Zugeständnis im Siedlungsbau gezwungen, um seinem Volk zu beweisen, dass seine Regierung eine vernünftige und flexible Palästinenserpolitik betreibt, und dass er nicht beschuldigt werden kann, eine Gelegenheit zum Friedensschluss zu versäumen. Dies ist das politische Minimum, das jede israelische Regierung anbieten muss, um ausreichenden sozialen Zusammenhalt zu bewahren und zu garantieren, dass Israel bei Bedarf vereint in den nächsten Krieg gegen die Palästinenser ziehen kann.

Netanyahus Probleme mit der Rechten bleiben überschaubar, solange Minister mit makellosem Ruf als Fahnenträger der Rechten, wie Mosche Ja'alon und Benny Begin, beides Mitglieder im Sicherheitskabinett, den Baustopp in den Siedlungen unterstützen. Die Proteste der Siedler und ihrer Unterstützer gegen den Siedlungsstopp unterstreichen nur das Ausmaß der von Netanyahu gemachten Konzession und werden ihn stärken, wenn er nach Ablauf des Moratoriums die Bautätigkeit wieder aufnimmt. Im Gegensatz dazu ist es die israelische Linke, die Beweise dafür suchte, dass Israel ehrlich nach einer Möglichkeit zum Friedensschluss strebt. Indem er im Juli 2009 das Paradigma der Zwei-Staaten-Lösung akzeptierte und im November sogar einem Siedlungsstopp zustimmte, hat Netanyahu auch diesen wichtigen politischen Test mit fliegenden Fahnen bestanden. Selbst die zionistische Linke hat Netanyahu unterstützt. Damit befindet sich die Regierung in einer ausgezeichneten Position, falls ihr Streben nach Frieden hinterfragt wird bzw. sie sich auf eine Konfrontation mit den USA oder den Palästinensern einlassen muss.

2) Mindestens so wichtig wie die Unterstützung der Regierung an ihrer Heimatfront sind gute Beziehungen zu den USA, Israels wichtigstem Förderer in der internationalen Arena. Genau genommen hängt die Unterstützung der Regierung im eigenen Volk teilweise von ihrer Fähigkeit ab, zu beweisen, dass sie ihre

Beziehungen zu den USA erfolgreich gestalten kann. Die Entscheidung zum Siedlungsstopp war offensichtlich vor allen Dingen von dem Wunsch motiviert, Spannungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Jerusalem und Washington zu verhindern und die in Israel aufkommende Besorgnis im Hinblick auf eine anstehende Krise in den amerikanisch-israelischen Beziehungen zu reduzieren.

Präsident Barack Obama zog im Januar 2009 ins Weiße Haus ein, während Netanyahu seine Koalitionsregierung der Knesset erst im April 2009 präsentierte. Die Optimisten in Washington wollten einen Neubeginn mit der islamischen Welt. Sie bevorzugten die Einbindung ihrer Gegner, wie Iran und Syrien, und sie glaubten, den israelisch-palästinensischen Konflikt durch verstärktes diplomatisches Engagement und Druck auf die Konfliktparteien in kurzer Zeit lösen zu können. Die in Washington gesetzten Prioritäten scheinen mit jenen Jerusalems nicht ganz übereinzustimmen. Jerusalem reagierte misstrauisch auf die Annäherung mit der islamischen Welt und insbesondere auf eine mögliche Einbindung Irans. Gegenüber dem iranischen Nuklearprogramm zieht es eine härtere Vorgehensweise vor. Außerdem wurde die von Obamas Administration wiederholt vorgebrachte Forderung nach einem Siedlungsstopp in den Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, als kurzichtiges Beharren auf einer Nebensache betrachtet, das die unnachgiebigen Positionen der Palästinenser nur noch verhärten würde. Besonders irritierend war das anfängliche Verleugnen früherer Übereinkünfte zwischen den Vereinigten Staaten und Israel (aus dem Jahr 2003) durch Obamas Administration in Bezug auf die Definition der geographischen Expansion der Siedlungen.

Bei alledem schien sich Netanyahu zu bemühen, Spannungen auf ein Mindestmaß zu halten. Zunächst vermied er es, auf verschiedene Versuche, seine Beziehung zum Präsidenten als angespannt zu bezeichnen, zu reagieren und bestand stattdessen stets darauf, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel als eine große Freundschaft zu bezeichnen. Niemals kritisierte

er Präsident Obama persönlich. Darüber hinaus bekannte sich Netanyahu in seiner Ansprache im Juni 2009 öffentlich zur Zwei-Staaten-Lösung, um den Amerikanern eine Freude zu machen. Gleichfalls als Reaktion auf die Besorgnis der Amerikaner unternahm Netanyahu mehrere Schritte zur Erleichterung der wirtschaftlichen Aktivität und des Wachstums in den Gebieten, wie beispielsweise die Entfernung zahlreicher Kontrollpunkte. Israel forderte von den USA im Gegenzug für den Siedlungsstopp Konzessionen seitens der arabischen Staaten in Form symbolischer Gesten gegenüber Israel, wie beispielsweise die Überflugerlaubnis für Israels nationaler Fluglinie El Al über Saudi-Arabien. Obama scheiterte in seinen Bemühungen und musste sich angesichts des ausbleibenden Rückgangs der öffentlichen Unterstützung für Netanyahu in Israel mit einer „Zurückhaltung“ in der Siedlungstätigkeit begnügen. Netanyahu antwortete mit seinem im November 2009 erklärten Siedlungsstopp in der Westbank, der in Washington als positiver Schritt begrüßt wurde und eine Periode der Spannungen, die unnötigerweise von der Siedlungsfrage beherrscht war, beendete.

3) Ein drittes Ziel der israelischen Entscheidung war es, die Palästinenser dazu zu bewegen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, den sie im Herbst 2008 verließen, nachdem Mahmud Abbas, der Führer der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), ein überaus großzügiges Angebot von Netanyahus Vorgänger Ehud Olmert ignoriert hatte. Nachdem die neue Administration in Washington die Latte in der Siedlungsfrage durch Forderungen nach einer Einstellung der Bautätigkeit anstelle einer bloßen Unterlassung der räumlichen Ausdehnung der Siedlungen hoch gelegt hatte, war Abbas in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Obwohl die Palästinenser niemals eine Einstellung der Bautätigkeit als Vorbedingung für Friedensgespräche gefordert hatten, kann Abbas nun kaum weniger verlangen, bevor er sich wieder an den Verhandlungstisch setzt. Später, als die USA einen Stopp jüdischer Bautätigkeit in Ostjerusalem forderte, hat Abbas erneut die amerikanische Position als Vorbedingung für

Gespräche mit Israel ein-genommen. Das Verhalten der Amerikaner gab dem alten arabischen Traum Vorschub, die USA würden Israel ihren Willen aufzwingen.

So weit kam es jedoch nicht, und die Vereinigten Staaten demonstrierten einen gewissen Pragmatismus, indem sie letztlich den begrenzten Baustopp akzeptierten, den Netanyahu im November formuliert hatte. Israel und die USA hoffen nun, dass Abbas schließlich einen ähnlichen Pragmatismus an den Tag legen und zu den Friedensverhandlungen er-scheinen wird. Ob das geschehen wird, wird die Zukunft zeigen.

Leider ist die palästinensische politische Kultur alles andere als pragmatisch. Die erste Reaktion der Palästinenser und einiger arabischer Staaten auf den israelischen Siedlungsstopp war denn auch dessen Ablehnung mit der Begründung, er sei noch immer nicht ausreichend. Darüber hinaus schränkt die Rivalität zwischen der von Abbas kontrollierten Westbank und dem von der islamistischen Hamas kontrollierten Gazastreifen die Flexibilität der PA in ihrem Umgang mit Israel weiter ein und drängt die PA in extremistische Positionen.

Erneut wird das palästinensische Volk Opfer einer missratenen Führung, die radikale Zielsetzungen stets dem realistischen Ziel der Koexistenz mit Israel vorgezogen hat. Leider erzieht die aktuelle palästinensische Führerschaft ihre Jugend weiterhin zum bewaffneten Kampf und zu einer Kultur, die Tod und Märtyrertum verherrlicht.

Netanyahu und die meisten seiner Minister sind sich der üblen Situation auf der palästinensischen Seite durchaus bewusst. Trotzdem glaubt Netanyahu, ein „Wirtschaftsfrieden“, d.h. ein Bottom-Up-Prozess des Aufbaus von Institutionen und des wirtschaftlichen Fortschritts könnte mit einer entsprechenden palästinensischen Führung einen positiven Wechsel in der palästinensischen Gesellschaft herbei-führen. Tatsächlich wurde unter Netanyahu die Anzahl von Kontrollepunkten in der Westbank drastisch reduziert, was sich sofort positiv auf den Handel auswirkte. Die Anzahl der

Genehmigungen für Palästinenser, die in Israel arbeiten wollen, steigt ebenfalls stetig an. Prognosen für das palästinensische Wirtschaftswachstum in der Westbank liegen für dieses Jahr bei bis zu 7 %. Netanyahu hofft, dass ein besseres wirtschaftliches Klima in der Westbank und seine einseitige Konzession des Baustopps die Palästinenser von ihrem radikalen Pfad weglocken könnten. Die Entscheidung liegt nun bei den Palästi-nensern.

Abschließend: Israels Baustopp in den Siedlungen ist mindestens ebenso ein eindeutiger Versuch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel, wie er Ausdruck der Bemühung ist, die Verhandlungen mit den Palästinensern wieder in Gang zu bringen. Zugleich will die Regierung damit ihre Stabilität zuhause sichern und sich im Falle eines zukünftigen Konfliktes mit den USA oder den Palästinensern Bewegungsfreiheit verschaffen.

Efraim Inbar ist Professor der politischen Wissenschaften an der Bar-Ilan-Universität und Direktor des Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA) .

Aus dem Englischen: Maurice Tszorf

Verantwortlich:

Dr. Ralf Hexel,

Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel

Autoren:

Dr. Reuven Pedatzur

Prof. Efraim Inbar

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il

